

Home > Internationales > Wie die EU die öffentliche Meinung in ihrem Sinn zu drehen versucht

Wie die EU die öffentliche Meinung in ihrem Sinn zu drehen versucht

Die EU-Kommission finanziert NGOs, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Ein neuer Bericht gibt Aufschluss über ein dichtes Netzwerk und sein Wirken.



Franz Becchi

20.03.2025 | 05:45 Uhr



Welche Rolle spielen NGOs für die EU-Kommission?

Virginia Mayo/AP

In den vergangenen Wochen hat US-Präsident [Donald Trump](#) die Debatte über die Auslandsausgaben der Vereinigten Staaten neu angeheizt – insbesondere die [millionenschweren Investitionen in Medienprojekte](#) gerieten ins Visier des Weißen Hauses. Ein zentrales Objekt der Kritik: die United States Agency for International Development (USAID).

Allein im vergangenen Jahr verfügte die Behörde über ein Budget von 40 Milliarden US-Dollar. Trump plant nun drastische Kürzungen, da er USAID als PR-Maschine der USA betrachtet, die gezielt Einfluss auf die öffentliche Meinung in Drittstaaten nimmt. Doch wie sieht es in Europa aus? Gibt es dort eine vergleichbare Struktur?



B+ EU-Aufrüstung: Greift die Kommission bald auf private Ersparnisse zu?

Internationales 15.03.2025

**B+** EU-Skandal: Geheime Verträge subventionieren Klima-NGOs

EU 23.01.2025

**„Propagandamaschine der EU“: Was bedeutet das konkret?**

Ein Bericht des ungarischen rechtskonservativen Thinktanks MCC Brussels mit dem Titel „Die Propagandamaschine der EU“ verweist auf Parallelen: Die EU-Kommission habe in den vergangenen Jahren zunehmend Haushaltsmittel eingesetzt, um ihre eigenen Wertvorstellungen zu fördern. Dies geschehe über verschiedene Programme, darunter Medienkampagnen – sowohl online als auch offline – sowie zahlreiche Projekte, die unter anderem darauf abzielen, „die Werte der EU zu bewahren und näher an die Bürger zu bringen“. Doch was bedeutet das konkret?

Offiziell sollen diese Programme die Rechtsstaatlichkeit und grundlegende Werte innerhalb der EU fördern. Der 60-seitige Bericht kritisiert jedoch, dass sie zugleich zur Unterstützung einer bestimmten politischen Agenda genutzt würden. Besonders in Mitgliedstaaten, deren Regierungen als EU-kritisch gelten oder nicht vollständig mit den Werten der Union übereinstimmen, kämen diese Programme verstärkt zum Einsatz, heißt es.

Es stellt sich die Frage, ob die Förderung von Bürgerrechten und Gleichstellung tatsächlich ausschließlich dem Allgemeinwohl dient oder ob politische Ziele dahinterstehen. Der Bericht nennt als Beispiel das Programm „Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ (CERV), das erhebliche Mittel für zivilgesellschaftliche Organisationen, darunter NGOs und Thinktanks, bereitstellt. Für den Zeitraum von 2021 bis 2027 ist dafür ein Budget von 1,5 Milliarden Euro vorgesehen, wobei allein für das laufende Jahr 236 Millionen Euro bereitgestellt werden. Zum Vergleich: Der EU-Haushalt betrug im vergangenen Jahr insgesamt 189 Milliarden Euro.

**B+** Aufrüstung in Deutschland: Wird dafür bald privates Vermögen der Bürger benutzt?

Wirtschaft gestern





Politico und Axel Springer: Millionen von der US-Regierung – und was nun?

Berlin 03.03.2025



Für 2025 hat die EU-Kommission im Rahmen des CERV-Programms mehrere Ziele festgelegt, darunter die „Erhöhung des öffentlichen Vertrauens in die EU“ sowie den Kampf gegen „Desinformation, Manipulation der Information und Einflussnahme in der demokratischen Debatte“. Kritiker bemängeln, dass die unklare Definition dieser Begriffe der EU großen Spielraum lasse: Was genau gilt als Desinformation, und wer entscheidet, was wahr oder falsch ist?

Viele der Organisationen, die durch öffentliche Gelder gefördert werden, vertreten offensiv den europäischen Föderalismus oder eine verstärkte Integration – Werte, die eng mit den Zielen der EU-Kommission verbunden sind. Beispielsweise hat der Thinktank Friends of Europe zwischen 2014 und 2024 mehr als 15 Millionen Euro erhalten.

Präsident der Denkfabrik ist Viscount Étienne Davignon, ehemaliger Vizepräsident der EU-Kommission. Zwar gibt sich die Vereinigung als unabhängig von den europäischen Institutionen, doch sowohl die erhaltenen Subventionen als auch ihre inhaltliche Ausrichtung zeichnen ein anderes Bild – ihre Linie steht vollständig im Einklang mit den Positionen der EU-Institutionen.

Gegen „Rassismus, Gewalt und Diskriminierung“: Wofür NGOs Geld von der EU erhalten

Unter anderem setzt sich Friends of Europe für die Ukraine ein. „Unterstützung für die Ukraine ist keine Wohltätigkeit“, heißt es auf der [Website des Thinktanks](#). Weiter wird betont: „Wir müssen sowohl die Schlacht am Boden in der Ukraine als auch den Kampf um die Herzen und Köpfe anderswo in der Allianz gewinnen.“ Dazu habe die Organisation, eine „schlagkräftige Koalition“ einflussreicher Partner und Fürsprecher geformt, um der sogenannten „Ermüdungserzählung“ seitens Russlands entgegenzuwirken.

Insbesondere scheint der EU die Meinung der jungen Europäer von großer Bedeutung zu sein. Die Brüsseler Organisation European Youth Forum, die sich selbst als „größte regionale Jugendplattform der Welt“ bezeichnet, erhielt seit 2014 rund 40 Millionen Euro. Eines ihrer Hauptziele ist die „Vertiefung der europäischen Integration“ – ein Anliegen, das von sämtlichen dieser Organisationen mit höchster Priorität verfolgt wird.



Welche Rolle spielen NGOs bei der Meinungsbildung im EU-Raum?

Nicolas Tucac/AFP

Das [Berliner Institut für Europäische Politik \(IEP\)](#) erhielt in den vergangenen zehn Jahren rund 14 Millionen Euro. Die gemeinnützige Organisation setzt sich ebenso für die europäische Integration ein und ist ein strategischer Partner des Auswärtigen Amtes sowie der Europäischen Kommission. Ein Schwerpunkt ihrer Projekte liegt auf der Bekämpfung von Desinformation – unter anderem in Moldau. Dort sollen im Jahr 2021 junge Studierende rekrutiert und gezielt darin geschult worden sein, Desinformation zu erkennen und angemessen darauf zu reagieren, [heißt es](#).

CERV fördert offiziell Gleichheit, bekämpft Rassismus, Gewalt und Diskriminierung. „Viele dieser Initiativen wirken auf den ersten Blick sehr edel“, sagt Thomas Fazi, unabhängiger Journalist und Autor des Berichts, der Berliner Zeitung. „Gleichzeitig werden jedoch auch kulturelle Überzeugungen und Normen gefördert, die häufig mit den vorherrschenden gesellschaftlichen Werten in Konflikt stehen oder ihnen widersprechen.“ Er bezeichnet diesen Prozess als „Propaganda by proxy“.

Kandidaturverbot in Rumänien: Illiberale Demokratie kann auch von links kommen

Von Thomas Fasbender

Ausland 14.03.2025



USAID und EU-NGOs: Was sind die Unterschiede?

„Wir betrachten Propaganda meist nur im Kontext von Medien, doch USAID hat gezeigt, dass die Öffentlichkeit in Drittländern auch vorrangig durch NGOs und Thinktanks beeinflusst wurde“, erklärt Fazi. Ein ähnliches Modell sei auch auf EU-Ebene seit längerer Zeit stark präsent. „Der große Unterschied ist, dass USAID nur im Ausland agierte, während die von der EU-Kommission finanzierten Organisationen innerhalb der Europäischen Union selbst aktiv sind.“

Ein aktuelles Beispiel ist Rumänien. Nach einer Entscheidung des rumänischen Verfassungsgerichts wurde die Präsidentschaftswahl im vergangenen November wegen angeblicher Unregelmäßigkeiten bei der Wahlkampffinanzierung annulliert. Gleichzeitig wurde Russland vorgeworfen, sich durch soziale Medien in die Wahl eingemischt zu haben. Dem Oppositionspolitiker Calin Georgescu war vom rumänischen Geheimdienst vorgeworfen worden, von Russland über TikTok-Kanäle unterstützt worden zu sein. Im Februar wurde er kurzzeitig verhaftet, das Verfassungsgericht untersagte seine erneute Kandidatur. Die Bundeszentrale für politische Bildung bezeichnet Georgescu als „rechtsextrem und prorussisch“. US-Vizepräsident JD Vance warf der EU auf der Münchner Sicherheitskonferenz vor, die Demokratie in Rumänien zu beschädigen.

In den vergangenen Jahren hat die EU-Kommission verstärkt in euroskeptischen Ländern wie Polen, Ungarn, der Slowakei und Rumänien investiert. Im Rahmen des Projekts Blue4EU, das von der Babeş-Bolyai-Universität in Rumänien koordiniert wird, stellte die EU-Kommission für den Zeitraum 2024-2026 ein Budget von 375.300 Euro bereit. Ziel des Projekts ist es, „das kritische Denken junger Menschen sowie ihre Widerstandsfähigkeit gegenüber extremistischen und Anti-EU-Bewegungen zu stärken“ und sie zu ermutigen, „sich für eine europäische Zukunft zu engagieren“. Fazi fragt sich: „Ist das keine Einflussnahme?“



In Rumänien sorgte die Annullierung der Präsidentschaftswahlen für Proteste.

Daniel Mihailescu/AFP

Dieser NGO-Mechanismus offenbart ein erhebliches Defizit bei Gewaltenteilung und Transparenz in der EU. Wie anfällig ist dieses System für Interessenkonflikte und betreibt die EU-Kommission durch NGOs Lobbyarbeit für sich selbst? Fazi spricht von „Selbstlobbyismus“: Ende Januar wurde bekannt, dass einige von der EU-Kommission unterzeichnete Fördervereinbarungen NGOs dazu verpflichteten, Mitglieder des Europäischen Parlaments zu beeinflussen, um strengere „grüne“ Politiken zu fordern.

„Unabhängige zivilgesellschaftliche Organisationen sind für das reibungslose Funktionieren der Demokratien der EU und die Wahrung der gemeinsamen Werte, auf denen die EU basiert, von entscheidender Bedeutung“, antwortet die EU-Kommission auf Anfrage der Berliner

Zeitung. Organisationen, die Mittel erhalten, seien allein verantwortlich für ihre eigenen Ansichten, die möglicherweise nicht die Ansichten der Kommission spiegeln, heißt es weiter.

„Es ist nur die Spitze des Eisbergs“, sagt Fazi. Laut einem Bericht von Politico wird die Kritik von MCC Brussels an der EU durch dessen Verbindungen zur ungarischen Regierung unter Viktor Orbán genährt, der Bericht sei damit selbst von Geldgebern finanziert, die ein eigenes Interesse, national-konservative Politik, verfolgten. Doch Politico konnte in Fazis Bericht offenbar keine Ungenauigkeiten oder Fehler finden.

„Manchmal sind die Fakten belastend, andere Male wird ein bestimmtes Narrativ verfolgt“, heißt es im „Fakten-Check“ von Politico über den Bericht. Dennoch gibt Politico Fazi in einem Punkt recht: „Eine gründliche, unparteiische Untersuchung von NGOs, ihren finanziellen Unterstützern und ihren Absichten ist längst überfällig.“

Immerhin erkennt die EU-Kommission an, dass die Manipulation von Informationen ein Problem für die Demokratien in Europa sein kann. Sie schreibt: „Desinformation sowie Informationsmanipulation und Einflussnahme aus dem Ausland sind eine ernsthafte Bedrohung für jede Gesellschaft. Sie können demokratische Institutionen und Prozesse (z. B. Wahlen) untergraben, indem Menschen fundierte Entscheidungen unmöglich gemacht werden oder sie sogar von der Teilnahme an Wahlen abgehalten werden. Zudem werden Gesellschaften gespalten, indem Gemeinschaften gegeneinander ausgespielt werden.“

Haben Sie Feedback? Schreiben Sie uns! briefe@berliner-zeitung.de

Dieser Artikel wurde auf [berliner-zeitung.de](https://www.berliner-zeitung.de) veröffentlicht.